

Die Armee erhält mehr Geld – und das EU-Paket wird teurer

Nach der Budgetdebatte im Ständerat bleiben grosse Differenzen vor allem bei der Entwicklungshilfe



Das Parlament weiss, wie stark es das Armeebudget erhöhen will, aber nicht, woher das Geld kommen soll.

PASCAL GERTSCHEN / VBS

FABIAN SCHÄFER, BERN

Bei kaum einem Geschäft treten die Unterschiede zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat deutlicher zutage als beim Budget. Zwölf Stunden, verteilt auf drei Tage, haben die Diskussionen über die Finanzen vergangene Woche im Nationalrat gedauert. Es waren laute, emotionale und hitzige Debatten. Der Absturz indes ist ausgeblieben. Der Redemarathon war turbulent, führte aber zu einem Budget, das mit den Stimmen von SVP, FDP und Mitte eine Mehrheit fand.

Am Montag war der Ständerat an der Reihe. Zwar dauerte die Debatte länger als erwartet, doch nach knapp fünf Stunden war die Sache erledigt: Nach einer inhaltlich kontroversen, jedoch konzi-

lianten Diskussion konnte die kleine Kammer die Budgetdebatte beenden. Der auffälligste Unterschied betrifft die hohe Akzeptanz, welche die politische Vorarbeit der Kommissionen – die diskrete Suche nach dem Kompromiss hinter verschlossenen Türen – in der kleinen Kammer immer noch geniesst.

«Shutdown»-Gefahr gebannt

Im konkreten Fall hat sich das breit abgestützte Konzept, auf das sich die Finanzkommission verständigt hatte, im Ständerat weitgehend durchgesetzt. Am Ende wurde – ganz im Gegensatz zum gespaltenen Nationalrat – das Budget ohne eine einzige Gegenstimme angenommen.

Zwischen den Budgetvarianten der beiden Kammern bestehen vielfältige

und milliardenschwere Differenzen, die noch bereinigt werden müssen. Trotzdem ist der «Shutdown» bereits abgewendet: Nachdem nun beide Kammern ein erstes Mal zugestimmt haben, ist die Gefahr, dass der Bund ohne genehmigtes Budget in das nächste Jahr gehen muss, definitiv gebannt.

Langweilig wird es deswegen noch lange nicht. Diese Themen werden nicht nur in den nächsten Tagen im Hin und Her im Bundeshaus, sondern darüber hinaus noch lange zu reden geben:

■ Entwicklungshilfe. Im Nationalrat hat die bürgerliche Mehrheit beschlossen, die Ausgaben für die Auslandhilfe gegenüber den Plänen des Bundesrats um 250 Millionen Franken zu reduzieren. Im Vergleich mit dem Jahr 2024 liefe

das ungefähr auf ein Nullwachstum hinaus. Bei den betroffenen drei Krediten des Aussen- und des Wirtschaftsdepartements würde dies gegenüber der Planung eine Reduktion um 16 Prozent bedeuten. Dem Ständerat geht das zu weit, er hat am Montag lediglich eine Kürzung von 30 Millionen beschlossen. Wegen der Regeln des Budgetprozesses sitzt der Nationalrat jedoch am längeren Hebel: Wenn keine Einigung gelingt, gilt am Ende automatisch der tiefere Betrag. Allerdings hat sich just am Montag gezeigt, wie knapp die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat sind, wenn es um die Entwicklungshilfe geht. Zur Debatte stand der Zahlungsrahmen für die nächsten vier Jahre. Um Haarsbreite hat sich dieses Mal eine Mitte-links-Mehrheit gegen eine Kürzung ausgesprochen.

■ Armee. Kurzfristig sind sich National- und Ständerat einig: Der Entscheid, die Ausgaben für die Landesverteidigung im kommenden Jahr gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats um weitere 530 Millionen Franken zu erhöhen, ist bereits definitiv. Damit wird das Armeebudget im Vergleich zum laufenden Jahr von 5,7 auf 6,4 Milliarden steigen (plus 12 Prozent). Umstritten ist hingegen, wie es in den Jahren ab 2026 weitergehen soll. Der Nationalrat will die Ausgaben für die Armee stärker erhöhen als der Ständerat. Nach wie vor kreist die Debatte um das Ziel, das Armeebudget auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Der Bundesrat will es bis 2035 erreichen, der Nationalrat bis 2030, der Ständerat nunmehr bis 2032. Versuche aus den Reihen der SVP und der Mitte, die Variante 2030 auch im Ständerat durchzusetzen, sind gescheitert, weil sie aus Sicht der Mehrheit unrealistisch ist.

■ Aufsicht über die Armee. Die ständerätliche Finanzkommission will nicht nur das Budget der Armee erhöhen, sondern auch dafür sorgen, dass die Gelder sinnvoll eingesetzt werden. Die sechsköpfige Finanzdelegation (FinDel) des Parlaments soll die Oberaufsicht im Bereich der Landesverteidigung in den nächsten Jahren verstärken, wie der SVP-Ständerat Jakob Stark im

Namen der Kommission am Montag erklärte. Konkret soll die FinDel kontrollieren, ob die Gelder für die Wiederausrüstung zweckmässig und nachvollziehbar eingesetzt werden.

■ OECD-Steuern. Unabhängig davon, ob das Armeebudget nun bis 2030, 2032 oder 2035 erhöht werden soll: Woher das viele Geld kommen soll, ist noch immer nicht klar. Das rasche Wachstum der Militärausgaben ist einer der Hauptgründe, weshalb ab 2026 Defizite drohen und der Bundesrat ein Entlastungspaket geschnürt hat. Die Finanzkommission des Ständerats will einen Teil der Aufstockungen bei der Armee ab 2027 mit Mehreinnahmen kompensieren: Die Kantone sollen einen grösseren Teil der Einnahmen aus der neuen OECD-Steuer von internationalen Konzernen an den Bund abtreten. Der Ständerat wird erst im Frühjahr über diesen Vorschlag entscheiden. Die Finanzministerin Karin Keller-Sutter hat sich am Montag jedoch skeptisch geäussert. Warnend sprach sie von einer «Pata Morgana», weil die Erträge unsicher seien. Demnach gibt es nur noch zwei Kantone, Zug und Luzern, bei denen relativ sicher ist, dass überhaupt mit Einnahmen gerechnet werden kann.

■ EU-Paket. Die Verhandlungen der Schweiz und der EU nähern sich dem Ende. Falls die Einigung gelingt, wird sie sich auch finanzpolitisch auswirken. Die Bundesrätin Keller-Sutter hat am Montag im Ständerat eine neue Gröszenordnung genannt. Im Budgetentwurf des Bundesrats war noch die Rede von möglichen «Mehrbelastungen von über 1 Milliarde pro Jahr». Nun sprach Keller-Sutter von 1,5 Milliarden Franken. Ein Grossteil fällt «nur» vorübergehend an und kommt den Hochschulen und der Forschung zugute. Hinzu kommen voraussichtlich neue Kohäsionsbeiträge sowie Zahlungen in weiteren Bereichen vom Gesundheitsschutz bis zum Austausch von Studierenden.

Wann genau über das EU-Paket entschieden wird, steht in den Sternen. Die Budgetdebatte wird am Mittwoch im Nationalrat fortgesetzt.

Das Parlament dribbelt den Bundesrat aus und spricht 15 Millionen Franken für die Fussball-EM der Frauen

Die Unterstützungsgelder sollen in die Werbung und in den öffentlichen Verkehr fliessen

RENATO SCHATZ

In knapp sieben Monaten startet die Fussball-Europameisterschaft der Frauen in der Schweiz. Sie hat am Montag nochmals Zuspruch erhalten: Der Bund unterstützt den Grossanlass nun definitiv mit 15 Millionen Franken.

Ein Drittel der Summe fliessen unter anderem über Schweiz Tourismus in die Werbung für das Turnier und die Schweiz. Ein Drittel kommt dem sogenannten Kombiticket zugute. Wer ein Ticket für eines der Spiele besitzt, kann also gratis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Entsprechende Verträge sollen bereits unterschriftsreif vorliegen. Mit dem letzten Drittel sollen Projekte im Mädchen- und Frauenfussball gefördert werden, damit sich die Zahl der Fussballerinnen in der Schweiz weiter erhöht. Der Schweizer Fussballverband träumt von über 80 000 lizenzierten Spielerinnen, gegenwärtig sind es rund 41 000.

Wegen Finanzlage gekürzt

Eigentlich schienen die 15 Millionen Franken schon beschlossene Sache zu

sein. Doch Anfang Jahr kürzte der Bundesrat den Betrag wegen der angespannten Finanzlage auf 4 Millionen zusammen. Diverse National- und Ständeräte kritisierten den Entscheid und das entsprechende Communiqué, in dem sich der Bundesrat als Förderer des Frauenfussballs gab. Beispielsweise hiess es: «Der Bundesrat will die Chancen nutzen, die sich der Schweiz durch den Sportgrosanlass eröffnen, und einen Mehrwert schaffen.»

Der SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der Präsident der parlamentarischen Gruppe Sport, deutete den Entscheid des Bundesrates gegenteilig: als verpasste, nicht als genutzte Chance. Heute sagt er: «De facto hätte die Unterstützung null Franken betragen, weil die gesamten 4 Millionen innerhalb des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport kompensiert worden wären.»

Also reichte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates im vergangenen Februar eine Motion ein, um die Unterstützungsgelder für die Europameisterschaft wieder auf 15 Millionen Franken anzuheben, wovon 3 Millionen in den

jeweiligen Verwaltungseinheiten kompensiert werden sollen. Die Kommission erinnerte den Bundesrat daran, dass er sich doch unlängst für dieses Turnier ausgesprochen habe. Diese 15 Millionen Franken seien jetzt nötig, wolle sich die Schweiz erfolgreich als attraktive Tourismusdestination präsentieren. Zudem sei für die Fussball-Europameisterschaft der Männer im Jahr 2008 ein Vielfaches dieser Summe gesprochen worden, nämlich rund 80 Millionen Franken.

Nur 43 Nein-Stimmen

Die Motion stiess in Bern auf Wohlwollen. Im März stimmte ihr der Ständerat einstimmig zu, wengleich sich ein FDP-Ständerat und zwei Mitte-Ständeräte der Stimme enthielten. National- und Ständerat nahmen dann den entsprechenden Nachtragskredit in der Sommersession an.

Vor diesem Hintergrund war die nationalrätliche Abstimmung am frühen Montagabend nicht viel mehr als eine formaljuristische Angelegenheit. Widerstand war höchstens von der SVP zu erwarten, die sich in der vorberatenden

Kommission teilweise gegen die Motion gestellt hatte.

Ablehnend äusserte sich aber auch Andreas Gafner (EDU), der in der Debatte am Montag erklärte, ein grosser Teil der für das Männerturnier gesprochenen 80 Millionen Franken sei damals für die Sicherheit verwendet worden, man könne Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Gleichwohl sei er nicht gegen die Europameisterschaft der Frauen, sagte Gafner. «Aber ich bin der Meinung, dass nicht nur 20 Prozent dieser 15 Millionen kompensiert werden sollen, sondern die ganze Summe.» Die Motion sei deshalb aus «finanzpolitischen Gründen» abzulehnen.

Die SVP folgte ihm, 40 der 43 Nein-Stimmen entfielen auf die grösste Kraft im Parlament. Die drei Ausnahmen kamen von der FDP, der Lega und der EDU, blieben aber chancenlos: Die Motion wurde mit 116 Ja-Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Sie wird nun an den Bundesrat überwiesen, der den vom Parlament korrigierten Entscheid umsetzen muss.

Mit Ausnahme der SVP scheinen die Politiker in Bern vorderhand besänftigt zu sein. Und auch Sarah Akanji, die che-

malige Zürcher SP-Kantonsrätin und Fussballerin, dürfte zufrieden sein. Gemeinsam mit der Aktivistin Laura Rivas Kaufmann hatte sie innerhalb einer Woche 16 000 Unterschriften gesammelt, um die geforderten 15 Millionen Franken durchzusetzen. Das Ziel ihrer Petition ist nun erreicht, wobei Akanji jüngst fand, es hätten auch 80 Millionen Franken sein können – wie beim Turnier der Männer vor sechzehn Jahren.

31 Spiele in 8 Städten

Das Ziel der EM-Veranstalter ist es, dass sämtliche 31 Spiele ausverkauft sind. Sie finden zwischen dem 2. und dem 27. Juli in den Städten Basel, Genf, Bern, Zürich, St. Gallen, Luzern, Sitten und Thun statt. Die Uefa, als europäischer Fussballverband Veranstalterin des Turniers, informiert am Mittwoch über die Zahl der bisher verkauften Tickets. Der Vorverkauf startete Anfang Oktober. Am nächsten Montag findet in Lausanne zudem die Auslosung der vier Vierergruppen statt. Dann steht auch fest, gegen wen das Schweizer Nationalteam das Turnier eröffnen wird.

«Das ist unsere letzte Chance, den bilateralen Weg fortzusetzen»

Die Verhandlungen mit der EU stehen vor dem Abschluss. Die Zürcher Ständerätin Tiana Moser (GLP) befürchtet einen Bürokratisierungsschub, falls das Paket scheitert. Im Gespräch mit Fabian Schäfer relativiert sie die Risiken der Rechtsübernahme

Frau Moser, als der Bundesrat 2021 die Verhandlungen über den damaligen Rahmenvertrag beendete, haben Sie das heftig kritisiert. Halten Sie den Abbruch immer noch für einen Fehler?

Das war ein Alleingang des Bundesrats. Statt die Verhandlungen fortzuführen und das Abkommen ins Parlament zu bringen, zog er eigenmächtig den Stecker. Das war demokratie- und staatspolitisch bedenklich. Aber ich anerkenne, dass er einen Neuanfang gemacht hat. Heute sind wir weiter als damals. Bei den Bilateralen III geht es nicht mehr um einen Rahmenvertrag, sondern sie beschränken sich auf fünf bestehende und drei neue Verträge im Interesse der Schweiz. Wir haben flexible Lösungen, konkrete Ausnahmen und präzise Garantien.

Also war der Entscheid des Bundesrats richtig.

Man sollte den Schaden, den er angerichtet hat, nicht unterschätzen. Das Vertrauen unserer Partner ist strapaziert, die Hochschulen und manche Firmen spüren die negativen Folgen bereits. Aber wir schauen jetzt nach vorne.

Auch das neue Paket stösst auf Kritik. Vielleicht müsste der Bundesrat noch einmal abbrechen und neu anfangen. Keinesfalls. Wir müssen endlich die Frage klären, die schon so lange im Raum steht: Wollen wir den Schweizer Sonderweg fortführen oder nicht? Niemand sonst hat mit der EU ein Verhältnis, wie wir es mit dem bilateralen Weg seit 25 Jahren kennen. Heute würde die EU uns diese Möglichkeit nicht mehr anbieten. Die Bilateralen III sind die letzte Chance, diesen Weg fortzusetzen.

Steht für Sie fest, dass Sie das Paket unterstützen, obwohl die Verhandlungen noch laufen?

Die Eckwerte und viele Details stehen fest. Die Sondierungen waren ausführend und transparent. Es ist problemlos möglich, sich schon heute ein Bild zu machen.

Das Paket umfasst viele sensitive Themen: Rechtsübernahme, Lohnschutz, Zuwanderung, Kohäsionsbeiträge, Strommarkt und mehr. Weshalb sollte die Schweiz dazu ohne Not Ja sagen?

Weil die Risiken ohne Bilaterale III viel grösser sind. Der Schweizer Sonderweg sichert unseren Wohlstand, der wesentlich auf dem Export basiert. Dass so viele erfolgreiche Unternehmen hier tätig sind, hat viel damit zu tun, dass wir über die Bilateralen in ausgewählten Bereichen in den EU-Binnenmarkt integriert sind. Rund die Hälfte unserer Exporte geht in die EU, nur 18 Prozent in die USA und 6 Prozent nach China. Wollen wir unseren Wohlstand halten, brauchen wir geregelte, stabile Beziehungen zur EU.

Aber wir haben bereits gute Beziehungen, der Handel läuft. Weshalb dann dieses schwierige Paket?

Weil sonst der bilaterale Weg bald endet. Die Alternative ist der Alleingang, wie ihn Grossbritannien seit einigen Jahren testet. Man sieht, was die Folgen sind: weniger Wohlstand, mehr Bürokratie und noch mehr Zuwanderung als zuvor, vermehrt aus Afrika und Asien mit grösseren Integrationsproblemen. Alle Hoffnungen, die zum Brexit führten, sind geplatzt. So kurzlebig ist Populismus. Ein Alleingang bringt viele Nachteile. Das gilt gerade für die kleinere, aber hochvernetzte Schweiz mitten in Europa. Machen wir nicht denselben Fehler wie die Briten, die bereits wieder die Nähe zur EU suchen.

Ihr Vergleich hinkt: Die Briten haben den Austritt beschlossen, wir haben immer noch die bestehenden bilateralen Verträge, wenn wir das Paket ablehnen. Es wäre ein Alleingang auf Raten. Ohne Einigung werden die bestehenden Verträge nicht mehr aufdatiert. Sie werden



«Dann stehen wir noch schlechter da als die Briten»: Tiana Moser, Ständerätin der Grünliberalen, warnt vor einem Alleingang in Europa.

ANNICK RAMP / NZZ

sich sukzessive entwerten, bis sie jede Bedeutung verlieren. Es wird auch keine neuen Verträge zu Strom oder Gesundheitschutz geben. Das führt zur Erosion des bilateralen Wegs, bis wir am Ende nur noch das Freihandelsabkommen von 1972 haben. Dann stehen wir noch schlechter da als die Briten. Sie konnten mittlerweile ein modernisiertes Freihandelsabkommen mit der EU abschliessen, was wir wegen des Widerstands der Landwirtschaft kaum schaffen werden. Auch bei den Hochschulen werden wir abseits stehen, während die Briten dafür gesorgt haben, dass ihre Universitäten wieder voll im EU-Programm kooperieren können.

Ist das Szenario, dass die EU unsere Hochschulen dauerhaft ausschliesst, nicht nur Panikmache? Es ist im ureigenen Interesse der EU, sie wieder einzubinden. Wir sollten nicht spekulieren, wie die EU reagiert, sondern uns fragen, was unsere Interessen sind. Wenn Trump in den USA macht, was er sagt, wird der Protektionismus massiv zunehmen. Die EU wird Gegenmassnahmen ergreifen. Wir laufen Gefahr, dazwischen zerrieben zu werden.

Sie verschweigen, dass das Paket auch ein Preisschild hat: Die Schweiz muss eine dynamische Rechtsübernahme akzeptieren und eine Streitschlichtung, bei welcher der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein gewichtiges Wort mitredet.

Einen hohen Preis zahlen wir dann, wenn wir den bilateralen Weg verlassen. Die angebliche «Unterwerfung unter die EU» hat die SVP bei jeder europapolitischen Abstimmung der letzten Jahrzehnte heraufbeschworen. Ihre Warnungen vor Souveränitätsverlust sind seit je die gleichen. Die Bilateralen III sind die Fortsetzung unseres Sonderwegs, den die SVP schon lange bekämpft. Eine breite Allianz der Vernunft hat ihn stets getragen. Die

Schweiz wird sogar an Souveränität gewinnen, wenn wir das richtig angehen.

Wie meinen Sie das?

Zur Rechtsübernahme gehört, dass die EU der Schweiz politisches Mitspracherecht gewährt. In allen betroffenen Bereichen wären wir frühzeitig und umfassend in die politischen Prozesse eingebunden. Wenn wir das effizient machen, können wir viel herausholen. Etwa bei der Waffenrichtlinie im Schengen-Abkommen, wo bereits solche Regeln gelten, konnte die Schweiz wichtige Ausnahmen aushandeln.

Sie reden das schön: Die Schweiz könnte nicht mitentscheiden, sie würde die Gesetzgebung teilweise auslagern. Es drohen «Scherbenhaufen-Referenden»: Das Volk kann eine Vorlage kaum mehr frei ablehnen, weil dann unbekannte Gegenmassnahmen der EU drohen. Man kennt das von den Schengen-Abstimmungen.

Der Vergleich hinkt. Bei Schengen sind die Regeln sehr strikt: Lehnen wir eine Reform ab, fällt der ganze Vertrag dahin. Die dynamische Rechtsübernahme, wie sie jetzt geplant ist, ist moderater. Erstens ist sie auf klar definierte Rechtsbereiche eingegrenzt, von denen die meisten technischer Natur sind. Und bei der Personenfreizügigkeit haben wir Garantien und Ausnahmen. Zweitens sind die Abläufe fair: Parlament und Volk können eine Rechtsübernahme immer noch ablehnen, ohne dass ein ganzer Vertrag dahinfällt. Nur wenn das Schiedsgericht der EU recht gibt, kann sie verhältnismässige Gegenmassnahmen ergreifen.

Die Personenfreizügigkeit betrifft heikle Fragen. Nehmen wir an, die EU entscheidet, dass der Daueraufenthalt nach drei statt fünf Jahren greift. Was dann?

Erstens wäre das kein Problem, weil die fünf Jahre Teil der Ausnahmen sind und somit nicht von den dynamischen Rechtsübernahme erfasst werden. Zweitens ist eine solche Reform angesichts der Interessengegensätze in der EU unwahrscheinlich. Drittens zeigt das Beispiel gut, dass die Rechtsübernahme auch bei der Personenfreizügigkeit keine echten Risiken birgt. Sollte die EU eine Ausweitung beschliessen, könnten wir immer noch Nein sagen. Was dann die relativen Ausgleichsmassnahmen der EU wären, liegt auf der Hand: Sie würde die fraglichen Rechte den Schweizer Bürgern in EU-Staaten ebenfalls vorenthalten. Ich denke, damit könnten wir leben. Es ist ein grosser Fortschritt, dass die Ausgleichsmassnahmen künftig verhältnismässig sein müssen. Ob sie es sind, entscheidet das Schiedsgericht, ohne Einbezug des EuGH.

Ist es so einfach? Die EU könnte auch Gegenmassnahmen in anderen Abkommen ergreifen, als Reaktion auf einen Streit bei der Zuwanderung könnte sie etwa Zölle auf Käse erheben.

Das wäre sonderbar, aber theoretisch möglich. Ich bezweifle, dass das verhältnismässig wäre. Viel wichtiger ist ein anderer Punkt: Die Massnahmen dürfen nicht ausserhalb der Marktzugangsabkommen getroffen werden. Damit ist klar, dass die EU nicht mehr die Forschung in Geiselschaft nehmen könnte.

Denken Sie, dass das Paket eine Chance hat ohne Konkretisierung der Schutzklausel bei der Personenfreizügigkeit? Eine Schutzklausel wäre im Interesse der Schweiz und ein Verhandlungserfolg.

Die EU signalisiert Gesprächsbereitschaft, das ist wichtig. Wir haben auch sonst ein umfassendes Schutzkonzept. Es ist sichergestellt, dass wir unser Ausschaffungsrecht beibehalten können, dass die Zuwanderung weiterhin durch den Arbeitsmarkt gesteuert wird und dass niemand direkt in die Sozialhilfe einwandern kann.

Aber die Freizügigkeit würde weiterhin gelten, das Bleiberecht würde sogar erwei-

tert. Ist die Schutzklausel ein Feigenblatt? Nein. Sie ist eine Notbremse. Der EuGH hätte zu ihrer Anwendung nichts zu sagen, weil kein EU-Recht betroffen ist. Gleichzeitig dürfen wir der Bevölkerung nichts vorgaukeln: Wollen wir den Wohlstand halten, sind wir auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen.

Was passiert, wenn das Vertragspaket im Parlament oder an der Urne scheitert?

Unsere Exporte würden zurückgehen, unsere Firmen hätten Nachteile und höhere Kosten, unsere Hochschulen würden viele gute Köpfe verlieren. Für die Bürgerinnen und Bürger hiesse es höhere Preise und eine schlechtere Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen. Und – das geht oft vergessen: Wir würden einen Bürokratisierungsschub erleben. Der EU-Binnenmarkt hat Import und Export sowie die ganze Zulassung von Arbeitskräften massiv vereinfacht. Wer dieses Paket bekämpft, soll später nicht jammern, wenn die Bürokratie wuchert und der Bund neue Leute einstellt und Kontrollen einführt.

Aber Sie bestreiten nicht, dass die EU nach einiger Zeit wieder gesprächsbereit wäre. Sie will ebenfalls mit uns Handel treiben, und wir haben immer noch ein Freihandelsabkommen.

Ja, aber die Erschwernisse wären gewichtig. Gerade für international tätige Unternehmen wäre die Schweiz als Standort zu kompliziert. Sie brauchen Rechtssicherheit. Zudem haben wir neben dem Marktzugang viele Themen, bei denen die Zusammenarbeit mit der EU in unserem elementaren Interesse ist: Strom, Gesundheit, Lebensmittel. Wir wären, wie in der Pandemie, auf den Goodwill der EU angewiesen. Das ist keine angenehme Position.

Was ist aus Ihrer Sicht der Plan B, wenn dieses Paket scheitert?

Persönlich wäre ich offen für den EWR. Aber wenn schon dieses sehr schweizerische Paket scheitert, ist ein EWR-Beitritt, der weiter reicht und grössere Verpflichtungen mit sich bringt, nicht realistisch. Also bleibt nur der Alleingang. Der Entscheid liegt bei uns: Wollen wir den bisherigen Weg weitergehen oder verlassen?

So einfach ist es nicht: Den bisherigen Weg können wir nicht weitergehen. Er würde sich mit dem Paket verändern, die dynamische Rechtsübernahme bringt einen verbindlichen Integrationsschritt, eine rechtlich-politische Annäherung.

Falsch. Es ist eindeutig eine Fortsetzung des bisherigen Wegs. Die Rechtsübernahme ist begrenzt, es gibt weder Automatismen noch Zwang. Wir haben vor 25 Jahren freiwillig Abkommen unterzeichnet, die zu grossen Teilen aus EU-Recht bestehen. Jetzt geht es darum, zu klären, wie wir damit umgehen, wenn sich dieses Recht verändert. Wir behalten die vollen direktdemokratischen Möglichkeiten.

Letzte Frage: Braucht es für die Abstimmung über das Paket das Ständemehr? Nein. Die Verfassung ist sehr klar: Obligatorische Referenden mit Ständemehr sind nur beim Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis oder einer supranationalen Organisation vorgesehen. Beides ist nicht der Fall. Auch die Voraussetzungen für ein Referendum «sui generis» mit Ständemehr sind nicht gegeben. Das belegt ein Gutachten des Bundesamts für Justiz. Auch bei den Bilateralen I und II brauchte es kein Ständemehr. Mit dem EWR lässt sich das geplante Paket auch nicht vergleichen, weder in der Breite noch in der Tiefe der Integration.

Das sagen Sie nur, weil es dann einfacher ist, die Abstimmung zu gewinnen. Ich sage das, weil die Schweiz ein Rechtsstaat ist und wir nicht willkürlich von den Regeln abweichen sollten. Das Volk muss das letzte Wort haben – nur das Volk.